

Tagungsbericht „(Irr)Wege der Migrations- und Integrationspolitik – Herausforderungen, Perspektiven und Reformen“ in Münster

Sandra Klaassen, Lenka Hajduchova, Selina Metin, Linda Kramers¹

1. Einleitung

Am 17. und 18. Juni 2025 fand die Tagung für junge Wissenschaftler*innen „(Irr)Wege der Migrations- & Integrationspolitik – Herausforderungen, Perspektiven und Reformen“ in der Katholisch-Sozialen Akademie Franz-Hitze-Haus in Münster statt. Veranstaltet wurde die Tagung von dem Interdisziplinären Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (InZentIM) der Universität Duisburg-Essen in Kooperation mit dem Arbeitskreis „Migrationspolitik“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), dem Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKJFGFI), der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus, dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster, dem Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) der Universität Duisburg-Essen und der Hochschule Fulda. Die Tagung, die in diesem Jahr ihr zwanzigstes Jubiläum feierte, richtet sich explizit an junge Wissenschaftler*innen, die sich mit aktuellen Fragestellungen der Migrations- und Integrationspolitik beschäftigen. Insgesamt präsentierten 19 junge Wissenschaftler*innen aus ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland ihre Bachelor-, Master- und Doktorarbeiten aus den Bereichen Politikwissenschaft, Soziologie, Rechtswissenschaft, Migrationsforschung, Psychologie, Geographie und weiteren relevanten Disziplinen. Die einzelnen Vorträge und Diskussionen der Tagung waren an den beiden Veranstaltungstagen in sieben themenbasierten Panels gegliedert. In diesem Bericht werden die zentralen Themen, Vorträge, Diskussionen und Ergebnisse der Tagung zusammengefasst.

2. Inhalte der Tagung

Dienstag, 17. Juni 2025

Panel I: Rechtliche Rahmenbedingungen und Erwerbsmigration

Das erste Panel beschäftigte sich mit aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen der deutschen Migrationspolitik im Kontext der Arbeitsmarktintegration. *Dr. Laura Peitz* und *Anne-Kathrin Carwehl* (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) analysierten in ihrem Beitrag die praktischen Auswirkungen des Chancen-Aufenthaltsrechts, das als neues Instrument zur

¹ Studierende des BA-Studiengangs Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt interkulturelle Beziehungen an der Hochschule Fulda.

Überführung von Personen mit Duldung in einen sicheren Aufenthaltsstatus konzipiert wurde, und präsentierten erste empirische Befunde zur Inanspruchnahme sowie zu den kurzfristigen integrationspolitischen Effekten dieser Regelung. *Ellen Breuer* (Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt) beleuchtete anschließend die Bedeutung der beruflichen Anerkennung ausländischer Qualifikationen für die Fachkräftesicherung und diskutierte dabei sowohl die Potenziale als auch die strukturellen Hindernisse im deutschen Anerkennungssystem. *Jennifer-Louise Robinson* (Universität Osnabrück) ergänzte das Panel mit einer kritischen Betrachtung der deutschen Erwerbsmigration und hinterfragte dabei die Rolle von Qualifikation als zentralem Bewertungsmaßstab für Migrationschancen. Moderiert wurde das Panel von *Dr. Nevim Çil* vom Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration/der Beauftragten der Bundesregierung für Antirassismus und kommentiert von Prof. Dr. Andreas Blätte (Universität Duisburg-Essen).

Panel II: Teilhabe und Diskurse

Das Panel II „Teilhabe und Diskurse“ wurde von *Thilo Scholle*, ebenfalls vom Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und der Beauftragten der Bundesregierung für Antirassismus, moderiert. Im ersten Beitrag analysierte *Vereina Märker* (London School of Economics and Political Science) in ihrem Vortrag „*The Myth of Apolitical Helping*“ drei Online-Ausstellungen über syrische Geflüchtete. Dabei wurden insbesondere die schwierige Gratwanderung in der sensiblen Darstellung von Leid, der Festbeschreibung von Opferrollen und der Erzeugung von echter Solidarität thematisiert. Sie zeigte, wie Darstellungen von Leid – besonders von Frauen und Kindern – eine „*Pornographie des Elends*“ (Ticktin) reproduzierten und einen sog. „White Savior“-Komplex² verstärken. Dabei wurde auch diskutiert, wie es gelingen kann, dass Solidarität nicht an den Grenzen der Nationalstaaten Halt macht, sondern über Nationalstaatsgrenzen hinaus gehen und transnational werden kann. Ihr Plädoyer: Statt *Charity* solle Kunst *aktive Solidarität* fördern, die politische Verantwortung einfordert.

Dem Thema Arbeitsmarkintegration geflüchteter Frauen haben sich *Dr. Alina Bergedieck* und *Prof. Dr. Kerstin Rosenow-Williams* von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg gewidmet. In dem Vortrag gaben sie einen Einblick in ihre „Co-produktive Lehrforschung Arbeit und Flucht (CoLAF)“, ein Seminar mit Praxis-Partner*innen zur Arbeitsmarkintegration von geflüchteten Frauen. Das Themenfeld „Flucht und Arbeit“ soll gemeinsam mit geflüchteten Frauen und Praxis-Partner*innen, die an den verschiedensten Stationen des Ankommens bzw. der Integration mitwirken, untersucht werden und mit Best-Practice-Beispielen zu Bildungs- und Beratungsangeboten untermauert werden. Der Fokus des Forschungsprojektes liegt auf der Stärkung von geflüchteten Frauen und der Flüchtlingshilfe durch Partizipation – nicht zuletzt in der Forschung selbst, etwa durch die Konzeption und Durchführung von gemeinsamen Workshops und Expert*innen-Interviews. Thematisiert wurden auch die generellen Herausforderungen der Arbeitsmarkintegration vor dem Hintergrund der polarisierenden Diskurse zwischen Fachkräftemangel und Abschottung sowie demographischen Wandel und Rassismus.

² Der „White Savior“-Komplex (auf Deutsch etwa: *Weißer Retter-Komplex*) bezeichnet eine Haltung oder ein Verhalten, bei dem eine weiße Person sich als Retter oder Helfer für People of Color (insbesondere in Ländern des globalen Südens oder in marginalisierten Communities) darstellt – oft mit guten Absichten, aber aus einer überlegenen oder bevormundenden Perspektive heraus.

Christian Sydow (Universität Duisburg-Essen) analysierte in seinem Beitrag „Die (De-) Normalisierung von Migration im medio-politischen Diskurs“, wie Migration in medialen Diskursen als Abweichung von gesellschaftlicher „Normalität“ konstruiert wird. Anhand einer kritischen Diskursanalyse von 31 Leitartikeln und Kommentaren aus der Tageszeitung „Die Welt“ (Dezember 2024 bis Februar 2025) untersuchte er Strategien der Denormalisierung (z. B. durch Bedrohungsrhetorik) und Renormalisierung (z. B. durch politische Lösungsangebote wie die Bezahlkarte für Geflüchtete). Der Diskurs wird dabei als regulative Macht verstanden, die festlegt, was sagbar und gesellschaftlich akzeptabel ist. Medien erzeugen und reproduzieren dabei kollektive Deutungsmuster – etwa durch Symboliken von Überforderung oder Kontrolle. Sydow zeigte, dass diese Diskurse nicht neutral, sondern politisch wirksam sind und langfristig durch alternative Narrative hinterfragt werden müssen.

Anschließend wurden die Beiträge von *Prof. Dr. Sascha Krannich* (International University of Köln/Universität Gießen) kommentiert und für eine gemeinsame Plenumsdiskussion geöffnet. Hier ging es um Schnittstellen zwischen Forschung, Lehre und Praxis, die es ermöglichen, interdisziplinäre Lernräume zu schaffen – z. B. in der Zusammenarbeit mit geflüchteten Frauen und Studierenden – und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln. Zudem wurde die politische Dimension der Thematik diskutiert: Angesichts des zunehmenden Rechtsrucks in Europa sowie der Rolle rechter Publizistik stelle sich die Frage, wie migrationsbezogene Diskurse beeinflusst und gesteuert werden können und welche Verantwortung Wissenschaft und Bildungseinrichtungen in diesem Zusammenhang tragen. Es wurde betont, dass die globale politische Lage und mediale Narrative maßgeblich das Verständnis und die gesellschaftliche Aufnahme von Migration prägen.

Panel III: Migration und (transnationaler) Arbeitsmarkt

Das dritte Panel widmete sich der internationalen Anwerbung von Pflegekräften, ihrer Regulierung sowie der Rolle der Diaspora in der Entwicklungspolitik. In dem ersten Vortrag analysierte *Ann-Christin Wedeking* (Universität zu Köln) das staatliche Gütesiegel „Faire Anwerbung Pflege Deutschland“ für faire Anwerbung in der Pflege, das u. a. Sorgfaltspflichten von Unternehmen vorsieht, um eine Ausbeutung und schlechte Arbeitsbedingungen zu verhindern, und eine Kostenfreiheit zum Beispiel für die Ausbildung für die Pflegekräfte garantieren soll. Hintergrund ist die Aufhebung des Anwerbemonopols der Bundesagentur für Arbeit, die zu einem vermehrten Auftreten unseriöser Vermittlungsagenturen geführt hat. Aktuell erfolgen 75 % der Anwerbungen über private Agenturen, was die Gefahr von Ausbeutung mit sich bringe. *Wedeking* warnte vor einer geringen Wirksamkeit des Siegels in der Praxis und forderte konkrete Sanktionen, um die Vorschriften einzuhalten.

Cyriac Panackal (Hochschule Fulda) beschäftigt sich anschließend mit den Themen Brain Drain und Brain Gain im Kontext globaler Migration. Durch die Mobilität von Arbeitskräften, besonders im Pflegebereich, kommt es oft zu einem sogenannten Care Chain oder Care Drain, wenn Pflegekräfte aus ärmeren Ländern abwandern. Dies führt nicht selten zu Engpässen in den Herkunftsländern. Gleichzeitig überweisen viele Migrant*innen jedoch auch viel Geld zurück in ihre Heimatländer, was dort einen wichtigen wirtschaftlichen Beitrag leistet. Die WHO (Weltgesundheitsorganisation) versucht diesen Prozess zu moderieren, indem sie eine Liste von Herkunftsstaaten führt, aus denen aufgrund eines Arbeitskräftemangels im Gesundheitssektors nicht angeworben werden darf. In Deutschland herrscht jedoch derzeit ein so großer Mangel an Pflegekräften, dass es weiterhin auf Anwerbung aus dem Ausland angewiesen ist. Ein Vergleich der TFR (Total Fertility Rate) zeigt, dass dies auch noch lange so bleiben

kann, da Deutschland weiterhin eine niedrige Geburtenrate hat, während Länder wie Togo oder Indien eine deutlich höhere TFR aufweisen, was langfristig Migration beeinflussen wird. Vor Ort treffen zudem unterschiedliche Vorstellungen „der Pflege“ aufeinander: Während in vielen Herkunftsländern der Schwerpunkt stärker auf der Behandlungspflege liegt, macht in Deutschland auch die Grundpflege einen großen Teil der Arbeit aus, was immer wieder zu Konflikten und Missverständnissen führen kann.

Anton Walsch (Goethe- Universität Frankfurt) beleuchtete in seinem abschließenden Vortrag die oft überhöhten Erwartungen an die Diaspora in der EU-Entwicklungspolitik. Er warnte vor einer rein instrumentellen Sichtweise auf Diasporagemeinschaften, etwa in Nigeria, wo die Förderung struktureller Bedingungen vor Ort oft vernachlässigt würden. Das Beispiel Nigeria zeige, dass die Ziele der EU durch diese Herangehensweisen nicht erreicht werden könnten. Beispiele sind „Policies“ die angewendet werden ohne Belege die zeigen, dass diese funktionieren.

Panel IV: Migrationsforschung und Politikberatung

Der erste Tagungstag endete mit einer Podiumsdiskussion mit den Leiter:innen dreier zentraler außeruniversitärer Migrationsforschungseinrichtungen: *Dr. Axel Kreienbrink*, Leiter des Forschungszentrums des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), *Dr. Cornelia Schu*, Geschäftsführerin des Sachverständigenrates für Integration und Migration (SVR) und *Dr. Noa K. Ha*, wissenschaftliche Geschäftsführerin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Die drei diskutierten, welche Rolle Politikberatung in Bezug auf die Umsetzung migrations- und integrationspolitischer Reformen spielt bzw. spielen kann. Konkret wurde darüber diskutiert, ob in der aktuellen Migrationspolitik ein Paradigmenwechsel zu beobachten ist oder Kontinuitäten überwiegen. *Dr. Axel Kreienbrink* (BAMF) hielt fest, dass es keinen grundlegenden Paradigmenwechsel gibt und warnte, vor „Symbolpolitik“: Wissenschaft könne keine stringenten Lösungen vorgeben, aber Diskurse hinterfragen. Er zog zur Veranschaulichung das Beispiel der Bezahlkarte heran und fragte danach, warum die Bezahlkarte als ‚Innovation‘ verkauft werden würde. *Dr. Cornelia Schu* (SVR) sieht eher ein seit langem vorhandenes Auf und Ab zwischen Öffnung und Restriktion, etwa beim Familiennachzug, und betont die Bedeutung von Verantwortung und Dialog, um gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern. Sie sieht die Notwendigkeit „anderer Logiken“ miteinzubeziehen. *Dr. Noa K. Ha* (DeZIM) sieht dagegen durchaus einen Paradigmenwechsel: von einer offenen, liberalen Gesellschaft zu einer autoritäreren, ablehnenden Haltung, bei der Migration oft vereinfacht dargestellt wird. Sie plädierte für interdisziplinäre Ansätze, um demografische Herausforderungen, die die Arbeitsmigration betreffen, zu adressieren. Alle drei betonten, dass sich Politik nicht zu stark von Stimmungen im Diskurs leiten lassen sollte und hierbei die wissenschaftlich fundierte Politikberatung eine tragende Rolle einnimmt. Im fiktiven Gespräch mit Friedrich Merz wird deutlich: Der demografische Wandel erfordert einen stärkeren Fokus auf Arbeitsmigration und eine neue Willkommenskultur, während die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung bei Kriegsgeflüchteten oft höher ist als bei anderen Gruppen.

Den Abschluss des ersten Tags bildete die Vergabe des Dietrich-Thränhardt-Dissertationspreises des Arbeitskreises Migrationspolitik in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) an Valentin Fenneberg (Postdoc, Leuphana Universität Lüneburg) für seine Arbeit „Die Heimat der Anderen: Ermittlung und Verwendung von Herkunftslandinformationen in Asylverfahren“ (Nomos Verlagsgesellschaft).

Mittwoch, 18. Juni 2025

Panel V: Regulierung von Migrationspolitik

Im Panel V ging es um Flüchtlingsschutz und Grenzpolitik. *Elvis Ng'andwe* (Hochschule Fulda) verglich im ersten Beitrag den Flüchtlingsschutz in der *East African Community* (EAC) mit dem in der EU. Trotz regionaler Abkommen klappte eine „implementation gap“ (Uganda vs. Kenia), bedingt durch Ressourcenmangel und externe Einflüsse („EU-Gelder framen Uganda als ‚Paradies‘“). *Sarah Bhatti* (Uni Duisburg-Essen) analysierte EU-Grenzexternalisierung im Libanon: „Cash for Migration Control“ stärke korrupte Strukturen, während Geflüchtete zwischen EU-Grenzschutz und lokaler Krise zerrieben würden. Der Kommentar von *PD Dr. Stefan Rother* (Universität Hamburg) kritisierte eurozentrische Perspektiven und forderte, „felt externalization“ (z.B. Umweltfolgen in Tunesien) stärker zu beachten. Die Diskussion betonte Widersprüche: Während die EU ukrainische Geflüchtete willkommen hieß, externalisiere sie zugleich Grenzkontrollen nach Afrika. Das Panel wurde Laura Ettinger-Reimann (ehemals Hochschule Fulda) moderiert.

Am Ende des ersten Konferenztages bot ein gemeinsamer Stadtrundgang die Gelegenheit, Münster aus einer besonderen Perspektive kennenzulernen. Beim anschließenden Ausklang am Aasee nutzten die Teilnehmenden die entspannte Atmosphäre, um alte Kontakte wieder aufleben zu lassen und neue Verbindungen zu knüpfen.

Panel VI: Postmigrantische Perspektiven

Das sechste Panel rückte postmigrantische Perspektiven auf Migration und Zugehörigkeit in den Fokus. *Anna Burghartswieser* (Ruhr-Universität Bochum) beschäftigt sich mit der „Strategia kanak“ – postmigrantischen Antworten auf dominante gesellschaftliche Narrative. Angesichts der Tatsache, dass 21 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben, aber nur 11 % der Bundestagsabgeordneten Menschen mit Migrationshintergrund sind, zeige sich eine klare Unterrepräsentation in der politischen Teilhabe. Mobilität versteht sie dabei als integralen Bestandteil des Lebens. Gegen die Dominanzkultur setzt *Anna Burghartswieser* die Forderung nach einem inklusiven Gesellschaftsbild, das durch gemeinschaftsbindende Erzählungen getragen wird. Postmigrantische Perspektiven betonen Pluralität, Teilhabe, Chancengleichheit, Streitkultur, kulturelle Hybridität und neue Denkräume. Kunst und kreative Gestaltung spielen dabei eine wichtige Rolle, um kollektive Diskurse zu ermöglichen. Statt exklusiver Identitäten brauche es eine gemeinsame Kultur der Pluralität, in der Offenheit für Unterschiede verbindet.

Lea Christnick und *Esra Yula* (DeZIM) zeigten auf, wie Migration im öffentlichen Diskurs zwischen Bedrohung und Verwertung schwankt. Während Fachkräftemigration oft positiv konnotiert ist, wird Migration insgesamt häufig eher problematisierend dargestellt. Diese Narrative reduzieren Menschen auf ihre Arbeitskraft, verschleiern aber prekäre Arbeitsbedingungen: Etwa wenn Pflegekräfte überlastet sind, ihre Aufenthaltserlaubnis an den Arbeitsvertrag gebunden ist, Sprachbarrieren bestehen und sie stark von Sachbearbeiter*innen abhängig sind. Interviews zeigen auch die emotionalen Folgen wie Identitätsbrüche, Frustration und Erfahrungen struktureller Ungleichheit.

Ibrahim Orha (Universität Duisburg-Essen) fragt, wie Diskriminierung die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund beeinflusst. Obwohl gleiche Ressourcen vorhanden

sein können, ist das bürgerschaftliche Engagement häufig geringer – als Folge von Diskriminierung und struktureller Ungleichheit. Er betont, dass es an einer Theorie fehlt, die soziologische und politische Ungleichheit verbindet. Am Beispiel von Gewerkschaften wie Verdi zeigt er, wie wichtig soziale und politische Ressourcen sind: Verdi konnte Arbeiter*innen in Deutschland mobilisieren, was sogar Auswirkungen auf Engagements in den USA hatte, etwa bei Amazon.

Panel VII: Zugehörigkeit, Bildung und lokales Ankommen

Im Panel VII ging es um Zugehörigkeit, Bildung und lokales Ankommen. *Janek van Stebut* (Helmholtz-Zentrum) untersuchte in seinem Beitrag die „Resilienz“ im Umgang mit Fluchtherausforderungen, die sich in Kommunen (Leipzig/Polen) nach 2022 gebildet haben. Trotz anfänglicher Solidarität für Ukrainer:innen zeigten sich „selective solidarities“ (Vergleich 2015: Syrer:innen). *Adeline Weinberg* (Uni Münster) analysierte DaZ-Klassen als Machtfigurationen: Sprachförderung reproduziere „Etablierte-Außenseiter“-Dynamiken (Elias), etwa durch Kategorisierungen wie „die Anderen“. Ihre figurationssoziologische Perspektive zeigte, wie stark Schulstrukturen von wechselseitigen Abhängigkeiten geprägt sind. Der Kommentar von Prof. Michalowski (Universität Münster) kritisierte vor allem die Vernachlässigung historischer Kontinuitäten (z.B. Westdeutsches Schulsystem) und forderte, Geflüchtete stärker partizipativ einzubinden. Moderiert wurde das Panel von Dr. Merve Schmitz-Vardar (Universität Duisburg-Essen).

Tagungsabschluss

Die Tagungspanels boten eine hohe inhaltliche Dichte und vielfältige Perspektiven auf das komplexe Thema Migration. Besonders eindrücklich war der Kontrast zwischen normativ aufgeladenen politischen Diskursen und den realen Herausforderungen im Feld der Arbeits-, und Fluchtmigration, Migrationspolitik und den daraus entstehenden Diskursen um Zugehörigkeit. Die Tagung machte deutlich: Migration bleibt ein gesellschaftspolitisches Querschnittsthema, das evidenzbasierte Politik, differenzierte Diskurse und partizipative Strukturen braucht. Zudem bot die Tagung Raum für junge Wissenschaftler*innen in den persönlichen Austausch zu kommen und Impulse für ihre eigenen (zukünftige) Forschungsvorhaben zu gewinnen.